

Schworm, Klaus

Article — Digitized Version

Über Wechselkursvariationen im Fixkurssystem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schworm, Klaus (1969) : Über Wechselkursvariationen im Fixkurssystem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 9, pp. 501-505

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134012>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Parity, Crawling Peg, Dynamic Peg – laufend produziert wurden¹¹⁾, unterscheiden sich im wesentlichen darin, ob die Paritätsanpassungen

automatisch unter Anwendung eines gleitenden Durchschnittswertes oder

diskretionär, d. h. nach periodischer Beschlußfassung durch die nationalen währungspolitischen Gremien, erfolgen sollen.

Während das Modell der „Formula Flexibility“ vor allem in den angelsächsischen Ländern Befürworter gefunden hat, gibt die Bundesbank offenbar der zweiten Variante den Vorzug¹²⁾. Tatsächlich wäre es zumindest in der Erprobungsphase nicht

¹¹⁾ Der vermutlich erste Vorschlag für ein derartiges System stammt von Helmut Lipfert und Robert Wittgen: Limitierte Stufenflexibilität als Mittelweg. In: Der Volkswirt, Nr. 12/1962, S. 484 ff.

¹²⁾ Vgl. Otmar Emminger: Das Wechselkurssystem auf dem Prüfstand, a. a. O.

erforderlich, daß alle beteiligten Länder nach der gleichen Methode verfahren, sofern nur das Grundprinzip, die Limitierung auf einen bestimmten (geringen) Jahresprozentatz eingehalten wird.

Zwar wäre die Hoffnung übertrieben, daß die Flexibilisierung der Paritäten bestimmter Industrieländer – der Dollar als Referenzwährung für die anderen Valuten müßte sicher starr bleiben – alle bestehenden Probleme mit einem Schlage lösen könnte. Zweifellos wäre jedoch eine wesentliche Verstetigung der Anpassungsprozesse und deshalb ein Abflachen der spekulativen Wellenbewegungen zu erwarten. Vorübergehende Spannungszustände wegen eines zu langsamen Funktionierens des Anpassungsmechanismus sollten sich dann mit Hilfe der Sonderziehungsrechte jederzeit überbrücken lassen.

Über Wechselkursvariationen im Fixkurssystem

Dr. Klaus Schworm, Mannheim

Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung soll nicht das Für und Wider der DM-Aufwertung stehen; darüber ist in letzter Zeit wahrlich genug geschrieben worden. In Fachkreisen ist man sich heute ohnehin weitgehend darüber einig, daß die Entscheidung, die bisherige DM-Parität beizubehalten, nicht aus ökonomischen und auch nicht aus finanzpolitischen Gründen, sondern aus wahltaktischen Überlegungen heraus erfolgt ist. Die breite Masse lehnt, da sie die ökonomischen Zusammenhänge nicht zu durchschauen vermag, die Aufwertung instinktiv ab. Eine durch forsche Kanzlerworte gestützte Politik fester Wechselkurse verbürgt also Wahlerfolg, so hofft man.

Was in der Diskussion um die Veränderung der DM-Parität in der Regel versäumt wurde, ist, die Frage der DM-Wechselkursänderung im Rahmen des derzeit herrschenden Währungssystems zu betrachten. Am ehesten hat auf diesen größeren Rahmen eine westdeutsche Tageszeitung Bezug genommen, die in ihrem wirtschaftspolitischen Leitartikel schrieb: „Sind Wechselkurse sakrosankt? Wenn es so weitergeht, werden die Wechselkurse noch heilig gesprochen. Vielleicht wird man sie in ein marmornes Monument weißeln lassen, vor dem die Regierung zu schwören hat,

sie werde nie, nie, nie den Wechselkurs ändern.“ Es ist in der Tat erstaunlich, was an wirtschaftspolitischen Verrenkungen vollführt wird, um die Wechselkurse nicht ändern zu müssen. Doch warum ist das so? Liegt es an den Politikern, oder liegt es an unserem Währungs- und Wirtschaftssystem?

Falsche Entscheidung?

Die Polemik gegen die Entscheidung im November 1968, am bestehenden DM-Kurs festzuhalten, wurde zunächst von einigen Interessengruppen vorgetragen. Die Exporteure, die im langfristigen Anlagengeschäft tätig sind, waren entrüstet über die Regelung, wonach nur die Altverträge, die bis zum 23. 12. 1968 abgewickelt werden konnten, von der neuen Exportabgabe ausgenommen bleiben sollten. Beim Exportgeschäft von Industrieanlagen schienen also gewisse finanzielle Einbußen unausbleiblich. Auf einmal war aus diesen Industriekreisen zu vernehmen, daß eine echte DM-Aufwertung (die man vorher scharf abgelehnt hatte) wirtschaftspolitisch vernünftiger und besser gewesen wäre als das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung; denn wenn es zu einer DM-Aufwertung gekommen wäre, wären die durch DM-Fakturierung oder Kurssicherung gegen Wech-

selkursänderung abgesicherten Geschäfte von der Ertragsminderung ausgenommen gewesen.

Das von Industriekreisen vorgetragene Plädoyer für eine Aufwertung im November 1968 beruhte also auf branchenwirtschaftlichen Interessen. Verstieß aber die Entscheidung gegen eine echte Aufwertung bereits im November 1968 gegen die gesamtwirtschaftlichen Interessen? Es ist nützlich, sich noch einmal die binnen- und die außenwirtschaftliche Situation ins Gedächtnis zu rufen.

Der industrielle Auftragseingang hatte sich in der 2. Jahreshälfte 1968 stark belebt, wobei die Auslandsnachfrage besonders kräftig zum allgemeinen Boom beitrug. Trotz des binnenwirtschaftlichen Konjunkturaufschwungs lief die Exportkonjunktur auf vollen Touren, weil sich einmal während der vergangenen Rezession die Produktivität der westdeutschen Wirtschaft stark erhöht hatte und weil zum anderen das Preisklima in der Bundesrepublik sehr gemäßigt blieb.

Die Zahlungsbilanz hatte sich wie folgt entwickelt: In den ersten drei Quartalen betrug der westdeutsche Überschuß aus laufender Rechnung 7,0 Mrd. DM, dem jedoch ein langfristiger Kapitalexport von 8,6 Mrd. DM gegenüberstand. Durch Zufluß kurzfristigen Kapitals in Höhe von 2,0 Mrd. DM ergab sich ein Überschuß in der Devisenbilanz in Höhe von 0,4 Mrd. DM. Ein beunruhigendes Ergebnis? Nein, dank des hohen langfristigen Kapitalexports aus der Bundesrepublik. Im dritten Quartal 1968 stand dem Überschuß in laufender Rechnung (1,9 Mrd. DM) ein sehr hoher Kapitalexport (3,9 Mrd. DM) gegenüber. Da aus dem Ausland aber kräftig kurzfristige („heiße“) Gelder nach Westdeutschland gebracht wurden (3,4 Mrd. DM netto), ergab sich in der Devisenbilanz ein Zugang von 1,4 Mrd. DM.

Kein fundamentales Ungleichgewicht

Nach den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds soll eine Paritätsänderung nur vorgenommen werden, wenn sich die Zahlungsbilanz eines Landes in einem „fundamentalen“ strukturellen Ungleichgewicht befindet. Bevor im November 1968 die Spekulation auf breiter Front nach Westdeutschland marschierte, konnte aber von einem fundamentalen westdeutschen Zahlungsbilanzungleichgewicht wohl nicht gesprochen werden, da die Leistungsbilanzüberschüsse durch den langfristigen Kapitalexport überkompensiert wurden.

Der Marsch zur Spekulation ging zunächst von Frankreich aus. Als hier die Devisenbewirtschaftung gelockert worden war, strebten die Geldvermögensbesitzer danach, ihre Schäfchen möglichst schnell ins Trockene zu bringen (d. h. ihre Gelder in nicht-abwertungsverdächtigen Währungen anzu-

legen). Der sich im November 1968 kumulierende Strom kurzfristiger Gelder nach Westdeutschland war Ausdruck einer systematisch vom Ausland angeheizten Aufwertungshysterie und zugleich Ausdruck der allgemeinen Währungsunruhe.

In einer westdeutschen Wirtschaftszeitschrift konnte man trotzdem vor kurzem die heroische Behauptung lesen, „... daß die Spekulation sich stets nur nach objektiven Daten richtet und ein notwendiger Bestandteil der Marktwirtschaft ist“¹⁾. Wie steht es um die Richtigkeit dieser Behauptung?

Die im Herbst, vor allem im November 1968, nach Westdeutschland geströmten Auslandsgelder verließen rasch wieder das Land, als die erhoffte gewinnbringende Aufwertung ausblieb. Im Dezember 1968 nahmen die Bundesbankreserven um 3,5 Mrd. DM, im Januar 1969 um 5,1 Mrd. DM und im Februar 1969 um 0,6 Mrd. DM ab. Die Besitzer der international fluktuierenden Gelder waren jetzt also offensichtlich der Überzeugung, daß die objektiven ökonomischen Daten keinen Anhaltspunkt mehr für eine Überbewertung der DM abgaben. Oder hatte sie etwa nur das kernige Kanzlerwort, daß unter dieser Regierung keine Aufwertung beschlossen werde, überzeugt? Dann aber kann wohl nicht mehr behauptet werden, daß sich Spekulationsgelder nach den objektiven Daten richten!

Spekulationsbewegung kein Aufwertungsgrund

Tatsache ist, daß in Westdeutschland spürbar stärkere Produktivitätsfortschritte erzielt worden sind als in anderen Ländern und daß in Westdeutschland die Bekämpfung des Preisauftriebs erfolgreicher war, d. h. also, daß Westdeutschland für seine Handelspartner in wachsendem Maße zu einem günstigen Einkaufsland geworden ist. So gesehen, wäre also eine Steigerung des Wertes der DM gegenüber den Währungen jener Länder, die ökonomisch weniger erfolgreich waren, nur recht und billig.

Nun gibt es aber eine Menge Leute, die offensichtlich allein die international fluktuierende Geldbewegung als richtiges Signal und als Gradmesser für die Paritätsänderung ansehen. Diese Anschauung ist mehr als einfältig, und es kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden. Die Spekulationswelle, die zu dem neuerlichen Währungsdebakel im Mai dieses Jahres geführt hatte, entzündete sich erstens an der Abdankung de Gaulles und zweitens an dem ständigen Aufwertungsgerede unseres ökonomisch so sachverständigen Finanzministers. Hatten sich denn plötzlich Anfang Mai schlagartig die objektiven ökonomischen Daten verändert, nach denen sich die Spekulation angeblich stets richtet? Hätte erst im

¹⁾ Vgl. Der Volkswirt, Jg. 23 (1969), Nr. 20, S. 14.

Mai – gemahnt durch die „sachverständige“ internationale Spekulation – das Kursniveau geändert werden sollen?

Die Veränderung der DM-Parität kann doch wohl immer nur dann eine rationale wirtschaftspolitische Entscheidung sein, wenn sie unbeeinflußt von jeglicher Spekulation gefällt wird und die Aufwertung rechtzeitig und in ausreichendem Maße vorgenommen wird. Doch da stellen sich die peinlichen Fragen: Wann ist der richtige Zeitpunkt? Welcher Aufwertungssatz ist ausreichend?

Kritik an starren Wechselkursen

In seinem letzten Jahresgutachten übte der Sachverständigenrat der BRD scharfe Kritik an der Haltung, die Parität der DM nicht zu verändern. Der Rat betonte in seinem Gutachten, daß er mit dieser Kritik nicht für abrupte Paritätsänderungen plädieren wolle. Er halte die im Bretton-Woods-System vorgesehenen Stufenaufwertungen nach wie vor für sehr bedenklich. Der Rat hätte an sich eine gleitende Aufwertung der DM befürwortet, betonte aber, daß eine solche gleitende Aufwertung dann nicht mehr möglich sei, wenn bereits ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht besteht, das auf internationalen Kostendisparitäten beruht. Solche Disparitäten sah der Rat für gegeben an. Der Rat plädierte deshalb für eine kombinierte Aktion: Stufenaufwertung um 5% und zugleich Erweiterung der Bandbreite. Innerhalb dieser Bandbreite sollte der Kurs um die neue Parität um 5% nach oben oder unten schwanken.

Der Rat übte also nicht nur Kritik, er versuchte auch konstruktiv zu einer Lösung der außenwirtschaftlichen Probleme beizutragen. Der aufgezeigte Weg bedeutet nun aber nicht mehr und nicht weniger als eine grundsätzliche Veränderung des Fixkurssystems von Bretton-Woods.

Den Ausgangspunkt des Reformvorschlages bildet die Überlegung, daß es zwischen den einzelnen Handelspartnern immer wieder zu Kostendisparitäten kommt, die zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten (chronischen Devisenüberschüssen bzw. -defiziten) führen. Die Folgen sind die sich periodisch wiederholenden Spekulationen gegen schwache Währungen und die internationale Währungsunruhe, wenn Wechselkursvariationen im Fixkurssystem erwartet werden. Die Kritik am Bretton-Woods-System der „grundsätzlich unveränderlichen“ Wechselkurse setzt mit Recht dort an, wo sich das System selbst in Frage stellt, an der Tatsache, daß von Zeit zu Zeit Wechselkurse „bei fundamentalem Ungleichgewicht“ doch geändert werden müssen.

Wie ließen sich diese Währungskrisen, die den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr

ernsthaft stören, vermeiden? Drei verschiedene Standpunkte werden hierzu vertreten:

Zur Beseitigung chronischer Zahlungsbilanzdefizite bzw. -überschüsse sind ständig ausreichende Wechselkursbereinigungen vorzunehmen, am besten, indem man den Kurs freigibt und ihn von den „Marktkräften“ bestimmen läßt.

Bei außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht soll dieses durch innere Stabilisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Wechselkursvariationen kommen nicht in Frage.

Es müssen sowohl außenwirtschaftliche als auch binnenwirtschaftliche Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden.

Extreme Standpunkte führen in der Regel nicht zu einem brauchbaren politischen Konzept, auch nicht in der Währungspolitik. Die Vertreter des ersten Standpunkts haben nur die Anpassung über den Wechselkurs im Auge. Dem außenwirtschaftlichen Ausgleich wird hier die absolute Vorrangstellung eingeräumt; er muß „um jeden Preis“ angestrebt werden. Dieses Konzept kann u. U. sehr gefährlich werden, nämlich dann, wenn es dazu führt, daß auf die innere Stabilität nicht genügend geachtet wird. Ein Beispiel dafür bietet Kanada. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kam es in Kanada, das seinen Wechselkurs frei schwanken ließ (von Oktober 1950 bis Mai 1961) und dem außenwirtschaftlichen Ausgleich den Vorrang einräumte, zu einem gefährlichen inneren Ungleichgewicht (Wachstumsstörungen, hohe Arbeitslosigkeit)²⁾.

Ein Beispiel für die Unzulänglichkeit des zweiten extremen Standpunkts lieferte Großbritannien. Lange Zeit versuchte das Land, sein äußeres Ungleichgewicht durch binnenwirtschaftliche Maßnahmen zu beseitigen. Die Zahlungsbilanz konnte aber nicht in Ordnung gebracht werden. Die dauernde innere Restriktionspolitik führte letztlich nur zu einem äußerst unbefriedigenden Wirtschaftswachstum. Schließlich war die außenwirtschaftliche Anpassung über den Wechselkurs doch unumgänglich; sie kam aber im November 1967 viel zu spät.

Suche nach richtigem Konzept

Frankreich konnte durch zweimalige Abwertung in den fünfziger Jahren seine strukturellen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte wirksam beheben. Gleichzeitig waren aber auch umfangreiche innere Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen worden. Ohne diese wäre es damals wohl kaum gelungen, das Ungleichgewicht zu beseitigen. Auch die neuerliche Abwertung soll durch binnenwirt-

²⁾ Vgl. Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 22 (1969), H. 1, S. 30.

schaftliche Maßnahmen abgesichert werden. Also müßte es das richtige Konzept sein, außen- und binnenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen zu kombinieren. Aber wie?

Genügt eine Kombination in der Weise, wie sie das Bretton-Woods-System vorsieht? Wechselkursänderungen sollen hiernach nur „ultima ratio“ sein, nur in äußersten Notfällen, wenn die „fundamentalen“ Ungleichgewichte offensichtlich geworden sind, angewendet werden. Im übrigen sollen binnenwirtschaftliche Maßnahmen, Beistandskredite und Beistandsabkommen helfen, Ungleichgewichtssituationen zu beseitigen. Dieses Konzept führte dazu, daß es in vielen Ungleichgewichtssituationen nicht zu einem nachhaltigen, sondern nur zu einem vorläufigen Zahlungsbilanzausgleich kam. In vielen Fällen wurde nur an den Symptomen außenwirtschaftlicher Ungleichgewichtssituationen kuriert, die eigentlichen Ursachen aber, die aufgrund unterschiedlicher Inflationsraten oder unterschiedlicher Produktivitätsentwicklungen entstandenen internationalen Kostendisparitäten, konnte das System nicht bekämpfen.

Die Schwierigkeit im Fixkurssystem besteht darin, zu entscheiden, wann ein „fundamentales“ Ungleichgewicht vorliegt. Der „wirkliche Außenwert“ einer Währung ist nicht exakt feststellbar und nicht beweisbar. Nicht selten wird ein Land durch ökonomisch irrationale Spekulation in eine ernsthafte Währungskrise geführt, ohne daß ein echter ökonomischer Anlaß gegeben ist.

Sicherlich ist es also richtig und sachlich gerechtfertigt, wenn sich ein Land durch internationale Spekulationen nicht zu Wechselkursvariationen zwingen läßt. Das Peinliche aber ist, daß auch an sich ökonomisch notwendige Wechselkurskorrekturen immer wieder unterbleiben oder viel zu spät vorgenommen werden.

Das Dilemma

Kommen wir zurück zu dem Reform-Vorschlag des Sachverständigenrates: Wie steht es mit der Erweiterung der Bandbreiten?

Es ist wohl kaum zu erwarten, daß sich die Politiker für diesen Vorschlag begeistern werden. Sie werden einwenden, daß bei Zulassung einer Flexibilitätsspanne von $\pm 5\%$ ökonomisch irrationale Spekulationsbewegungen Abwertungen bzw. Aufwertungen der Währung herbeiführen werden, ohne daß zwingende ökonomische Gründe für solche Paritätsverschiebungen existieren. Die Politiker werden sicherlich nicht bereit sein, die Entscheidung über die nationale Währungsparität an die sogenannten Marktkräfte abzugeben. Sie werden also die Reformvorschläge der Theoretiker verwerfen.

Gleichwohl besteht die Kritik der Theoretiker am traditionellen Fixkurssystem von Bretton-Woods in vielen Punkten völlig zu Recht. Nicht zu widerlegen ist nun einmal die Kritik, daß das System nur eine sprunghafte, oft stark verzögerte und unzureichende Anpassung der Wechselkurse ermöglicht und immer wieder zu restriktiven Maßnahmen einzelner Länder führt. Machlup schreibt: „Die Behauptung, feste Wechselkurse erleichterten den Handelsverkehr, ist wohl richtig, aber die Annahme, der Handelsverkehr werde auch dann gefördert, wenn er im Namen einer fiktiven Kursstabilität durch restriktive Maßnahmen beschränkt wird, widerspricht der Logik.“ Machlup fordert, daß ein System gleitender Anpassungen von Wechselkursen eingeführt wird.

Es kann nicht bestritten werden, daß sich in einem idealen Währungssystem die nationalen Währungsparitäten den sich langfristig wandelnden Produktivitäts- und Bedarfsstrukturen gleitend anpassen sollen. Aber was soll geschehen, wenn sich das international vagabundierende, spekulative Geldkapital aus politischen Gründen oder aufgrund bloßer Gerüchte (wie schon so oft in der Vergangenheit) ökonomisch irrational verhält? Diese Frage hat Prof. Machlup nicht beantwortet.

Die zwingende Schlußfolgerung aus den hier vorgelegten Überlegungen ist also, daß bei Freiheit der internationalen fluktuierenden Geldbewegungen das derzeit herrschende Währungssystem immer wieder nur durch wirtschaftspolitischen Dirigismus aufrechterhalten werden kann. Währungsdebakel und Dirigismus sind also eine Dauererscheinung im westlichen Währungs- und Wirtschaftssystem.

Zu niedriger Außenwert der Löhne

Kehren wir zurück zur aktuellen wirtschaftspolitischen Situation in Westdeutschland. Die westdeutsche Wirtschaftspolitik stand vor der Alternative: Aufwertung oder Anpassungsinflation. Die Öffentlichkeit muß sich darüber im klaren sein, daß sich die CDU/CSU-Politiker im Sinne ihrer Interessentengruppen Unternehmertum und Landwirtschaft für die Anpassungsinflation entschieden haben. Doch auch ein Vertreter der Wissenschaft, Prof. Stützel, sprach sich gegen die Aufwertung und für die Anpassungsinflation aus. Welches sind seine Gründe?

Prof. Stützel glaubt im Gegensatz zu seinen Kollegen nicht, daß es zunächst zu einem unerträglich hohen Maß an Preisniveausteigerung kommt (zunächst sicher noch nicht, aber wie wird es nach dem Wahltermin sein?). Prof. Stützel verneint einen Erfolg der Aufwertung, denn je stabiler die DM wird, desto eher bekommen wir – wegen des Stabilitätsbewußtseins – noch mehr Leistungsbilanzüberschuß. Stützel wünscht eine gemein-

same Europawährung, selbst um den Preis der unvermeidlichen Preisniveausteigerung in der BRD. Dies werden ihm die Sparer Schutzvereinigungen übelnehmen. Doch eines steht fest: Wenn man eine europäische Integration will, dann muß man letzten Endes auch die gemeinsame Europawährung wollen, selbst um den Preis gemeinsamer Inflationsraten.

Und noch eine unbequeme Wahrheit spricht Prof. Stützel aus: Daß wir wieder zu einigermaßen normalen Verhältnissen kommen, ist seiner Meinung nach auch ohne Paritätsänderung möglich. „Unter den verschiedenen Dingen, die sich anpassen müßten, ist eines immer noch möglich, nämlich eine Verlangsamung des Anstiegs der Lohnkosten je Produkteinheit in den angelsächsischen Ländern und in Frankreich und eine gewisse Beschleunigung des Anstiegs der Lohnkosten je Produkteinheit in der Bundesrepublik!“³⁾ Mit anderen Worten: Die Ursache des allgemeinen außen-

³⁾ Vgl. Der Volkswirt, Jg. 23 (1969), Nr. 20, S. 16.

wirtschaftlichen Ungleichgewichts ist, daß in Westdeutschland der Außenwert der Löhne verglichen mit den anderen Ländern zu niedrig ist. Hierzu sei Prof. Giersch zitiert: „Wenn ein Land eine unterbewertete Währung hat, dann bedeutet das nichts anderes, als daß der Außenwert seiner Löhne zu niedrig ist; da besteht im Ergebnis kein Unterschied zu den Ländern, denen unsere Industrie einen Reisstandard vorwirft und gegen deren Exporte die Bundesrepublik Einfuhrbeschränkungen aufrechterhält“⁴⁾.

Es kann deshalb nicht eindringlich genug gefordert werden, die Öffentlichkeit über diese hier vorgetragenen grundlegenden Zusammenhänge zu unterrichten. Denn: Wenn nach dem Wahltermin die Preisniveausteigerungen offensichtlich werden, dann werden die CDU/CSU-Männer und die Unternehmer nichts Eiligeres zu tun haben, als die Schuld für die Preissteigerungen der Lohnpolitik der Gewerkschaften anzulasten.

⁴⁾ Zitiert nach einem Interview; abgedruckt in: Der Spiegel, Nr. 21, vom 19. 5. 1969.

Die Franc-Zone im Schlepptau der Franc-Krise

Klaus Käding, Hamburg

Die politisch-ökonomische Krise, die Frankreich im Mai und Juni 1968 erschütterte, hatte für die französische Zahlungsbilanz und die Stellung des Franc weitreichende Folgen. Das Vertrauen in die Stabilität des Franc schwand schnell dahin, so daß sich die französische Regierung genötigt sah, den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr zu beschränken und den Franc abzuwerten. Diese Maßnahmen wurden von den der Franc-Zone angehörenden Staaten — abgesehen von den Maghrebstaaten — übernommen. Die dabei zutage getretene enge Kooperation der währungspolitischen Instanzen gibt Anlaß, sich die wirtschaftspolitische und insbesondere monetäre Struktur der Franc-Zone vor Augen zu führen.

Die währungspolitische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Staaten der Franc-Zone, den sog. CFA-Staaten, stützt sich auf Kooperationsverträge. Koordinationsmittel der Wirtschaftspolitik sind Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister, das Währungskomitee der Franc-Zone und der französische Einfluß in den Zentralbankleitungen der afrikanischen Staaten. Die Wirtschafts- und Finanzminister treffen in der Regel zusammen, um eine gemeinsame Haltung der Staaten der Franc-Zone gegenüber internationalen Organisationen wie dem IMF oder der UNO festzulegen. Die Funktionen des Währungskomitees, des Comité Monétaire de la Zone Franc, dem die

Präsidenten bzw. Gouverneure aller Notenbanken der Franc-Zone angehören, sind auf eine allgemeine Koordinierung der Politik der Notenbanken und auf die jährliche Herausgabe von Berichten zur wirtschaftlichen Lage der Franc-Zone beschränkt.

Währungspolitische Organe

Die entscheidenden währungspolitischen Organe stellen die verschiedenen Notenbanken dar¹⁾. Es handelt sich um folgende Institute:

¹⁾ Vgl. O. Hahn: Die Währungsbanken der Welt, Bd. I: Institutionen und Organe, Stuttgart 1968, S. 50 f.